

EIN GEFÄHRLICHER VERTRAUENSBRUCH

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise wird intensiv über den Wert des Geldes diskutiert: Ob wir ihn wieder an das Gold binden sollen, ob es Alternativen zur Geldwirtschaft gibt und ob Geld, das durch exzessives Bilanzwachstum der Banken entstanden ist, nicht längst den Kontakt zur Realwirtschaft verloren hat. An diese finanzpolitischen Themen reißen sich seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise ihre währungspolitischen Varianten: Ob auch Euro-Staaten Bankrott gehen können, ob die Zentrifugalkräfte der Eurozone zu deren Auseinanderbrechen führen, ob wir in Fluchtwährungen ausweichen müssen, ob die große Inflation droht.

Hinter dem finanzpolitischen wie dem währungspolitischen Fragenkatalog steht die Sorge, ob es gelingen wird, das Ersparte einigermaßen wertbeständig in die Zukunft hinüber zu retten. Immer dann, wenn auf diese Frage kein klares Ja mehr gegeben werden kann, kippt die Sorge in Panik und es droht ein Ansturm auf die Banken. In Zeiten des Papier- und Buchgeldes spielt sich ein solcher „bank-run“ nur mehr zum geringsten Teil an den Bankschaltern oder vor den Geldautomaten ab. Der Großteil des Geldes wird durch ganz konventionelle Überweisungen auf globale Fluchtrouten geschickt.

Zuletzt bahnte sich dergleichen im Frühsommer vergangenen Jahres an, als die inneren Spannungen der Eurozone unüberbrückbar schienen. Erst die Zusage der Europäischen Zentralbank, geschwächten Staaten durch Anleihekäufe beizuspringen, wenn sie sich dem strengen Regime des ESM-Rettungsfonds unterwerfen, brachte die entscheidende Stabilisierung. Nun, nachdem das Vertrauen durch diesen wohlüberlegten Befreiungsschlag wieder einigermaßen hergestellt war und die Finanzmärkte mit einer an den günstigen Anleihezinsen für Problemländer ablesbaren Erleichterung reagierten, setzt man das eben erst neu gewonnene Vertrauen aus heiterem Himmel wieder aufs Spiel.

Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, warum sich die Finanzminister, Regierungschefs und Notenbanker dafür entschieden haben, das Hilfspaket für Zypern mit der Forderung nach einer Kürzung von Sparguthaben zu verknüpfen. Die Begründung, man wolle damit vor allem jenes Drittel der überwiegend russischen Anlegergelder treffen, das angeblich aus Geldwäsche-Vorgängen stammt, berechtigt nicht dazu, auch einfache Staatsbürger zur Kasse zu bitten. Die an sich ja für ganz Europa geltende Einlegergarantie bis 100.000.- Euro ist damit über Nacht außer Kraft gesetzt. Zu erwarten ist nun eine Kettenreaktion des Banken-Misstrauens in Ländern wie Spanien, Portugal und Italien. Der neue Euro-Gruppenchef Dijsselbloom hat bei seinem ersten Einsatz kräftig danebengegriffen.

Erst kürzlich meinte Jens Weidmann, Chef der Deutschen Bundesbank, der Wert des Geldes hänge ausschließlich am Vertrauen in seine Geltung. Dieses Vertrauen ist durch die Vorschlaghammer-Diplomatie des jüngsten Rettungsgipfels mutwillig angekratzt worden. Daran wird auch die zu erwartende Abmilderung des Zypern-Pakets für „kleine Sparer“ nichts mehr ändern.